

Bundshaushalt vorgelegt

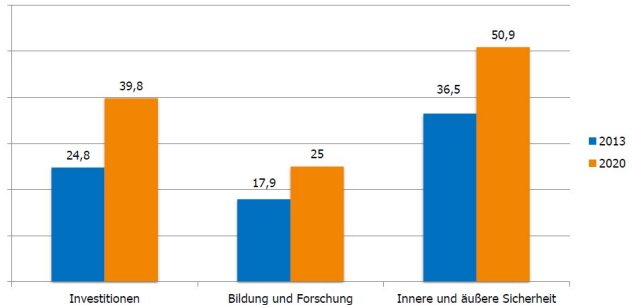
Wir setzen die richtigen Schwerpunkte

Am Mittwoch wurde dem Haushaltsausschuss der Regierungsentwurf für den Bundshaushaltsplan für das Jahr 2020 vorgelegt. Das Bundesfinanzministerium stand den Mitgliedern des Haushaltsausschusses zwei Stunden lang Rede und Antwort.

Josef Rief zeigte sich zufrieden: „Trotz der etwas gedämpften Konjunktur rechnen wir dennoch mit Steuermehreinnahmen. Den damit verbunden Spielraum nutzen wir nachhaltig und zukunfts fest für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und kommen auch weiter ohne neue Schulden aus. Die Spielräume sind aber geringer, sodass es auf eine kluge Haushaltsführung ankommt.“

Wir setzen einen deutlichen Schwerpunkt bei Investitionen. Diese steigen im Zeitraum 2020 bis 2023 um rund 30 % auf insgesamt 159,4 Mrd. Euro. Das sind 37,7 Mrd. Euro mehr als in der vergangenen Legislaturperiode. Verkehrsinvestitionen erhöhen wir auf einen Rekordwert von 15,5 Mrd. Euro mit geplanter Steigerung auf 17,2 Mrd. Euro bis 2023.

Bildung und Forschung behalten auch weiterhin hohe



Ausgabensteigerungen in wichtigen Bereichen in Mrd. Euro

Priorität. In den nächsten vier Jahren sind über 100 Mrd. Euro vorgesehen. Des Weiteren sind bis 2023 5 Mrd. Euro für den Digitalpakt Schule eingeplant, der Schulen, Lehrer und Schüler fit macht für die Digitalisierung.

Breitbandausbau fördern wir mit 4 Mrd. Euro. Mit den Erlösen aus der 5G-Frequenzversteigerung von 6 Mrd. Euro bringen wir künftige Gigabit-Projekte voran.

Wir machen beim Klimaschutz ernst und planen bereits jetzt 2,5 Mrd. Euro für den Strukturwandel durch den Kohleausstieg ein. Für den Klimafonds stellen wir insgesamt 7 Mrd. Euro bereit.

Seite 2

Praktikanten im Büro Rief

Aktuell hat Josef Rief gleich zwei Praktikanten, die ihn bei seiner Arbeit begleiten. Ariane Hütter aus Neustadt an der Aisch in Bayern ist ebenso für zwei Wochen im Berliner Abgeordnetenbüro wie Ricardo Lopez Harry aus Kolumbien. Er setzt eine schöne Tradition im Büro Rief fort, denn er ist bereits der vierte Praktikant von der Deutschen Schule in Medellín, der zu Gast bei Josef Rief ist. ■



Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter:
www.facebook.com/josefriefmdb



Fortsetzung von Seite 1

Wir setzen die Vorhaben des Koalitionsvertrages konsequent um und unterlegen sie auch in der Haushaltsplanung. Das gilt für Kindergelderhöhungen, Ausgleich der kalten Progression sowie für das Vorhaben, für 90 % der Steuerzahler den Soli ab 2021 abzuschaffen.

Für den sozialen Wohnungsbau gibt es 1 Mrd. Euro als Zuschuss an die Länder. Die Ausgaben für das Wohngeld steigen um 550 Mio. Euro.

Die Ausgaben für die Innere Sicherheit steigen auf Rekordniveau. Insbesondere für eine bessere Ausstattung mit Personal und moderner Technik geben wir mehr Geld aus. Die Trendwende bei der Finanzierung der Bundeswehr wird fortgeschrieben. So steigen die Verteidigungsausgaben um 6 Mrd. Euro verglichen mit 2018. Die so genannte Nato-Quote steigt auf 1,37 %

Die Landwirte unterstützen wird bei der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung mit mehr als 4 Mrd. Euro. Auch die Finanzierung des Erfolgsmodells Mehrgenerationenhäuser ist langfristig gesichert.

Wir nehmen unsere internationalen Verpflichtungen

war und halten den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,51 % unserer Wirtschaftsleistung. Damit verbessern wir die Perspektiven der Menschen in den Entwicklungsländern.

Als zuständiger Haushälter der Union für Gesundheit freue ich mich, dass wir mit einem Budget von über 15,3 Mrd. Euro die wichtige Arbeit in der Prävention, der Pflege und der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung besonders auch im Ländlichen Raum weiterführen können.“

Insgesamt sieht der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2020 Ausgaben in Höhe von 359,9 Mrd. Euro vor. Das entspricht einer Steigerung gegenüber 2019 von 3,5 Mrd. Euro. Die Schuldenstandsquote sinkt auf 56,5 %. Damit sind die Maastricht-Kriterien voll erfüllt.

Der Regierungsentwurf für den neuen Haushaltsplan kommt nach der Sommerpause in die Beratungen des Bundestages, wird dabei im Detail diskutiert und an vielen Stellen noch verändert, bevor er voraussichtlich am Ende des Jahres vom Parlament beschlossen wird. ■

Bundestag debattiert über rechtsextremistische Gewalt und den Mordfall Lübcke - Sicherheitsbehörden gut aufgestellt

Die CDU/CSU-Fraktion hatte eine aktuelle Stunde mit dem Titel „Für den Schutz unserer Demokratie – Gegen Hass und rechtsextreme Gewalt“ auf die Tagesordnung gesetzt. Seehofer sagte zur Eröffnung der Debatte: „Der Fall Lübcke geht unter die Haut.“ Die Tat richtete sich „gegen das freiheitliche demokratische System und damit gegen uns alle“.

Angesichts der Fahndungserfolge im Mordfall Lübcke hat Bundesinnenminister Horst Seehofer die hervorragende Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden gewürdigt. In einer aktuellen Stunde des Bundestags sagte Seehofer: „Es gibt keinen Grund, die Sicherheitsarchitektur in Deutschland anzuzweifeln.“

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, betonte: „Wir haben gut aufgestellte Sicherheitsbehörden, die den gewaltigen Herausforderungen gewachsen sind.“ Trotzdem müsse man im Kampf gegen den Rechtsextremismus und Terrorismus jeden Tag besser werden, um die Widerstandsfähigkeit der Demokratie zu stärken. Der menschenrechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Michael Brand, ein persönlicher Freund des Ermorde-



Fraktionsvorsitzender Brinkhaus trägt sich im Beisein von Bundeskanzlerin Merkel, CDU-Vorsitzender Kramp-Karrenbauer und Landesgruppenchef Dobrindt in das Kondolenzbuch für Walter Lübcke ein, das im Bundestag ausliegt.

ten, sagte: „Die Demokratie muss sich wehrhaft zeigen.“ Die Freiheit der offenen Gesellschaft werde man verteidigen.

Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke war am 2. Juni vor seinem Haus hinterrücks ermordet worden. Der inzwischen geständige Täter war aufgrund einer DNA-Spur zwei Wochen später verhaftet worden. Er hat offenkundig aus rechtsextremistischen Motiven gehandelt. Am Donnerstag wurden zwei weitere Männer in Zusammenhang mit der Tat festgenommen.

In der aktuellen Stunde wurde auch an die fast 200 weiteren Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland erinnert.